

Klimaschutz nach der Corona-Krise

Von Werner Glenewinkel & Erhard Treutner¹

1. Ausgangslage

Mit der Coronakrise gehen gewaltige gesellschaftliche Veränderungen einher: Der Staat setzt gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft radikal einschneidende Maßnahmen um, die zwar im Detail debattiert, aber angesichts der vorhandenen Bedrohung nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Einstellungen und Verhalten von Wirtschaft und Bürgern haben sich entsprechend geändert – man akzeptiert die Schließung von Schulen, Geschäften und Einrichtungen, soweit sie nicht lebens- bzw. systemwichtig sind, Dienstleister und Industrieunternehmen schließen Betriebsstätten, viele sind dadurch von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Jung und Alt bleiben soweit gefordert zu Hause, wahren das Abstandsgebot oder Kontaktverbot etc.. Es sind also in der Krise binnen weniger Wochen ungeahnte Veränderungen im staatlichen, wirtschaftlichen und individuellen Verhalten möglich, die allgemein hingenommen werden.

Grundlage aller dieser Maßnahmen der Politik sind anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse zur Corona Pandemie. Die Politik richtet sich bei der Festlegung ihres Handelns weitgehend nach ihnen und legitimiert ihre drastischen Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft damit. Die Akzeptanz dieser Maßnahmen in der Gesellschaft (von der Wirtschaft und den Bürgern) resultiert auch daraus, dass die Politik von Anfang an deren Notwendigkeit gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft ausführlich erläutert und in Öffentlichkeit und Massenmedien weit verbreitet hat (u.a. durch regelmäßige Pressekonferenzen der Fachminister, z. T. zusammen mit Vertretern des Robert-Koch-Instituts). Ausmaß und Tiefe von Eingriffen (auch in Grundrechte) sowie deren Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit werden im Rahmen dieser breiten Öffentlichkeitsarbeit diskutiert und begründet. Die so geleistete Überzeugungsarbeit hat die Akzeptanz der Entscheidungen befördert und sich bislang als erfolgreich erwiesen.

Vor dem Hintergrund taucht die Frage auf, ob wir aus dem Umgang von Staat und Gesellschaft mit der Corona-Krise etwas für den Umgang mit der Klimakrise lernen können. Wir knüpfen mit diesem Beitrag an unseren vorigen vom April zum Thema „Corona, Klima und Nachhaltigkeit“ an und vertiefen ihn.

¹ Dr. Werner Glenewinkel ist Jurist und Mediator. Er war bis 2010 Dozent für Verfassungsrecht an der FHÖV NRW (jetzt HSPV NRW). Herausgeber mit Prof. Dr. Erhard Treutner von: Kommunalen Umwelt- und Klimaschutz – Chancen nachhaltiger Entwicklung. Grüne Reihe der FHÖV NRW, Band 31 (2010). Erhard Treutner ist Soziologe und Jurist. Er war bis 2009 Professor für Soziologie an der FHÖV NRW und ist seit etwa 20 Jahren in Theorie und Praxis engagiert für nachhaltige Entwicklung. Seit fast 10 Jahren schreiben beide Autoren eine Kolumne im Newsletter der HSPV NRW zu den Themen Nachhaltigkeit und Umwelt.

2. Was wir für den Klimaschutz aus der Corona-Krise lernen können

Die Klimakrise bedroht uns alle. Sie ist die andere große Menschheitskrise und mit ihren drastischen Folgen für Gesundheit und Leben in Teilen durchaus vergleichbar mit der Coronakrise, die allerdings jetzt bei mehr Menschen unmittelbare Ängste auslöst. Die Dürre der letzten Jahre, drohende Missernten und große Waldschäden und Stürme und Überschwemmungen sind Vorboten dessen, was auf uns zukommt. Millionen werden weltweit dadurch an Leib und Leben bedroht, mit der Zeit immer mehr. Deutschland will, um seinen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe zu leisten und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zu erfüllen, seine CO₂-Emissionen bis zum Ende dieses Jahres um 40% senken, bis 2030 um 50-55%, bis 2040 um 70 % und bis 2050 um 80 bis 95 % (jeweils bezogen auf das Basisjahr 1990). Das Ziel für 2020 könnte jetzt aufgrund der aktuellen Einschränkungen bei Wirtschaft, Konsum und Verkehr evtl. erreicht werden. Für die Erreichung der Ziele für 2030, 2040 und 2050 ist das z. Zt. sehr fraglich. Daher könnte es hilfreich sein, wenn Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus den Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Krise lernten und ähnlich handelten:

Wissenschaftliche Erkenntnisse wären dann in der Klimakrise ebenso wie in der Corona-Krise die zentrale Grundlage der Bemühungen zu ihrer Bewältigung. Über sie sollte ebenso systematisch informiert und in der Öffentlichkeit diskutiert werden und sie sollten von Staat und Gesellschaft ebenso konsequent berücksichtigt werden. Der IPCC, der Expertenrat der UN aus mehreren Tausend hervorragend ausgewiesenen Klimawissenschaftlern, liefert der Politik schon lange das benötigte Wissen und zeigt in vielen Studien, wie bedrohlich sich das Klima bereits verändert hat und welche katastrophalen Entwicklungen uns drohen, wenn wir den Klimawandel nicht ausreichend begrenzen (siehe die Berichte des IPCC unter <https://www.de-ipcc.de/128.php>; unter dieser Adresse sind z. B. der „Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung“ (SR1.5), 2018 oder der „Sonderbericht über Klimawandel und Land-systeme“ (SRCCL), 2019 abrufbar). Auf ihre Erkenntnisse kann sich die Politik berufen und damit ihre Maßnahmen legitimieren. Obwohl diese Erkenntnisse zum Klimawandel von fachlich ausgewiesenen Klimaforschern so gut wie gar nicht

mehr in Frage gestellt werden, sind sie bisher noch nicht konsequent genug in politisches Handeln umgesetzt worden.

Staat und Politik sind daher gut beraten, der Öffentlichkeit auch bei der Klimakrise die beschlossenen Ziele (etwa die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens) und Sinn und Notwendigkeit getroffener Regelungen, Eingriffe und Maßnahmen mit Hilfe der Massenmedien immer wieder und noch viel mehr als bisher, auch gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft, ausführlich zu erklären und begründen. Regelungen und Maßnahmen wären dann - auch gegenüber partikularen (etwa wirtschaftlichen) Interessen - leichter umsetzbar.

Eine solche breite Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaft insgesamt mehr Verständnis und Akzeptanz für die Klimapolitik und die damit verbundenen Zumutungen und Eingriffe in bestehende Rechte aufbringt. Dabei sollte auch über deren Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit eine breite Debatte geführt werden. Wie in der Coronakrise kann das einen Innovationsschub im Denken bewirken und zu notwendigen Veränderungen in Einstellungen und im Handeln führen.

3. Was heute zu tun ist, um Klimaschutz wirksamer zu betreiben

Die durch die Corona-Krise bedingte CO₂-Reduktion wird nicht von Dauer sein. Produktion, Energieerzeugung, Konsum etc. können aber nicht wieder einfach wie früher weitergehen, wenn sie sich mehr am Klimaschutz orientieren. Im Verkehrsbereich wird sich vermutlich infolge der relativ positiven Erfahrungen mit Video-Konferenzen und home-office-Arbeit die Zahl berufsbedingter Verkehrsbewegungen verringern und es kann auch Veränderungen im Reiseverhalten von Touristen geben (weniger Flugreisen), weil der erzwungene Stillstand gezeigt hat, dass der Drang in die Ferne auch Pausen verträgt. Aber in vielen Bereichen droht die weitgehende Rückkehr zu alten Verhaltensweisen.

Die großen von EU und Regierungen bereitgestellten Förderprogramme zur Wiederankurbelung der Wirtschaft in der Corona-Krise sollten daher soweit möglich für vermehrten Klimaschutz genutzt und mit entsprechenden Auflagen verbunden werden. Sie dürften nicht dazu dienen,

veraltete, klimaschädliche Produktions- und Konsumweisen völlig unverändert zu erhalten. Es wäre an der Zeit, jetzt vorausschauend und nachhaltig zu investieren und nicht in Produktionsanlagen und Produkte, die bald nicht mehr gebraucht werden. Die Interessen zukünftiger Generationen am Erhalt einer lebenswerten Welt könnten besser berücksichtigt werden, wenn maßgeblich „grüne“ Konjunktur- und Rettungsprogramme geschnürt würden, um die bestehenden Ziele zur Reduktion von CO₂-Emissionen und die Umsetzung des Pariser Abkommens zu erreichen. Diese Chance sollte genutzt werden. So ähnlich äußerten sich auch viele Akteure des von der Bundesregierung organisierten „Petersberger Klimadialogs“ Ende April 2020.

Dabei geht es um gewaltige Summen: Bund und Länder kündigten in den vergangenen Wochen Zuschüsse, Kredite und andere Formen der Unterstützung (z. B. Kurzarbeitergeld) in Höhe von 650 Milliarden Euro für Unternehmen an, die durch die Corona-Epidemie in Not geraten sind. Weitere 1-1,5 Billionen Euro an Hilfen sind vorstellbar (Deutschland hat gerade ein Konjunkturprogramm in Höhe von etwa 1 Billion Euro angekündigt). Die EZB will laut Aussage ihrer Präsidentin Lagarde 750 Milliarden Euro für ein Pandemie-Notprogramm bereitstellen und die EU-Finanzminister weitere 500 Milliarden Euro. Die EU plant als „wirtschaftliche Antwort“ auf die Corona-Pandemie insgesamt 2,770 Billionen Euro für „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ (EU-Kommission, EU-Nachrichten 7/2020 vom 8.4.2020, S.1-2, siehe https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de).

Es wäre sehr sinnvoll, diese Hilfsprogramme mit klimapolitischen Zielen, z. B. mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, der Förderung einer grünen Wasserstoffwirtschaft, Maßnahmen zu einer ökologischen Verkehrswende, einer CO₂-ärmeren Industrieproduktion (z.B. von Stahl und Beton) und der beschleunigten energetischen Sanierung von Altbauten zu koppeln. Für den Ausbau erneuerbarer Energien sind umfangreiche Mittel für Wind- und Solarenergieanlagen erforderlich. Bei der Verkehrswende sollte beispielsweise die Förderung der Infrastruktur für E-Mobilität oder Fahrradfahren sowie des ÖPNV massiv erhöht werden. In der Autobranche geht es um die Umstellung auf alternative Antriebe und E-Mobilität (und nicht um ressourcenvernichtende Abwrackprämien oder

Erhalt der auf Verkauf großer und starker Pkw ausgerichteten Teile der Automobilindustrie).

Auch Lebensstil und Konsummuster sollten nachhaltiger werden. Die bislang gemachten Erfahrungen zeigen, wie schon oben erwähnt, dass die zum Teil drastischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung weitgehend akzeptiert werden. Einige der erzwungenen Verhaltensänderungen haben sogar positiv empfundene Seiten. Viele haben ihre persönliche „Entdeckung der Langsamkeit“ (Nadolny) gemacht und dem auch gute Seiten abgewinnen können. Dazu gehört die Einschränkung der Mobilität, wenn durch weniger Verkehr die Luft sauberer und der Lärm geringer wird. Die Einschränkung des Konsums zeigt, dass man mit weniger auskommt und an Stelle des Genusses durch den (gewohnten) Konsum (Reisen, „Shoppen“) andere Formen von Genuss treten können (Lesen, Heimwerken, mehr Kommunikation mit Familie und Freunden, auch über Telefon und Internet etc.).

Ähnliche Lernprozesse mit Bezug auf den eigenen Lebensstil sind auch im Hinblick auf den Klimaschutz möglich, wenn immer wieder und breit über die immensen Risiken der Klimakrise aufgeklärt wird. Da klimaschädliches Verhalten wie das Fahren großer,-PS-starker Pkw, Fernreisen oder der Konsum von kurzlebigen Wegwerfartikeln (etwa im Bereich von fast fashion, der auf raschen Umschlag immer neuer Kollektionen ausgerichtet ist), teilweise Unüberlegtheit oder überzogenen Wünschen nach Selbstdarstellung geschuldet ist, sollte hier ein anderes Verhalten möglich sein. Auch neue Regeln, wie etwa Tempo 130 auf Autobahnen zur Senkung der CO₂-Emissionen, dürfen nicht Tabu sein.

4. Die Corona-Krise als Lehrstück

Die staatliche Klimaschutzpolitik kann aus der Corona-Krise lernen, dass zur Abwendung der Klimakatastrophe und Umsetzung des Pariser Vertrags verbindliche Regeln und ein starkes staatliches Handeln erforderlich sind, aber auch breite und überzeugende Aufklärungskampagnen. Und da die Coronakrise zeigt, wie politisches Handeln und wissenschaftliche Erkenntnisse erfolgreich miteinander verkoppelt werden können, muss ein solches Vorgehen auch bei den Bemühungen um die Bewältigung der Klimakrise genutzt werden. Die staatlichen Maßnahmen zur Wiederankurbelung der durch die Corona-Krise getroffenen Unternehmen

sollten außerdem so weit wie möglich an die Bedingung geknüpft werden, dass sie den Klimaschutz berücksichtigen

Weil die Klimakrise – ähnlich wie die Pandemie heute – unbeherrschbar zu werden droht, dürfen die Ausflüchte, zur Zeit betreffen uns die Folgen des Klimawandels ja noch nicht so stark, die Umsetzung von Maßnahmen mache angesichts mächtiger Gegeninteressen Schwierigkeiten, andere Länder oder Personengruppen hielten sich auch nicht an das Geforderte, es sei schwierig, Gewohnheiten zu ändern etc., nicht mehr zählen und den Klimaschutz nicht mehr behindern. Insofern ist die Corona-Krise und der Umgang mit ihr in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein Lehrstück für die notwendige Klimapolitik und für uns alle.

Witten, 31. Mai 2020

Institut Verwaltung im Wandel
Meesmannstraße 8
D - 58456 Witten
fon 02302- 27 77 00

www.viwa.nrw